

presse

AG Bildung und Forschung

Stammzellforschung: Lebenszeichen von Forschungsministerin Schavan

*Anlässlich der Ankündigung von Bundesforschungsministerin Annette Schavan und NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, den Aufbau eines Zentrums für Stammzellforschung in Münster mit 80 Millionen Euro bis 2020 zu unterstützen erklärt der stellvertretende forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **René Röspel**:*

Frau Schavan nutzt Forschungsfördermittel des Bundes zur Schützenhilfe für den NRW-Wahlkämpfer Rüttgers; anders kann man die heutige Ankündigung zur Einrichtung eines "Centrums für Angewandte Regenerative Entwicklungstechnologien (CARE)" nicht interpretieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 eine Aufstockung der Mittel für die ethisch unproblematische Forschung an Stammzellen angeregt. Dieser Antrag wurde von CDU/CSU und FDP abgelehnt. Als Ergebnis dieser liberal-konservativen Verweigerung sind nun keine zusätzlichen Mittel im Haushalt eingestellt worden. Angesichts der absehbaren Wahlniederlage von Noch-Ministerpräsident Rüttgers wird nun plötzlich versucht, dass innovationspolitische Profil der NRW-CDU zu stärken und dem "FDP-Innovationsminister" Pinkwart Stimmen abzunehmen.

Wir haben bereits Anfang März 2010 einen Antrag in die parlamentarische Beratung eingebracht, um über zusätzliche Finanzmittel hinaus die Rahmenbedingungen für die Stammzellforschung in Deutschland zu verbessern. Man darf gespannt sein, ob die CDU/CSU nach der NRW-Wahl diesem Antrag im Bundestag zustimmen wird, oder aber ob Forschungsministerin Schavan wieder in das innovationspolitische Nirwana abtauchen wird.

Die SPD unterstützt - ungeachtet des Zick-Zack-Kurses der Bundesre-

gierung - weiter den Ausbau der ethisch unproblematischen Stammzellforschung in Deutschland. Das Max-Planck-Institut für molekulare Biomedizin in Münster war und ist ein Leuchtturm in der Stammzellforschung und die hier tätigen, klugen Köpfe müssen stärker unterstützt werden; hierin stimmt die SPD-Bundestagsfraktion der Bundesregierung zu. Wenn aber erst Forderungen nach zusätzlichen Fördermitteln abgelehnt und dann mit großem Aufwand - kurz vor einer Wahl - neue Förderprojekte angekündigt werden, dann ist das keine verlässliche Innovationspolitik, sondern leicht durchschaubare Wahlkampfinszenierung.